Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0602/2019
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	05.12.2019	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	10.12.2019	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Auslagerung des Krankentransportes in Bergisch Gladbach

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Durchführung des Krankentransportes befristet bis zur Überarbeitung des Rettungsbedarfsplanes auf den Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises auszulagern und dafür verbindliche Verhandlungen mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis aufzunehmen. Sollte sich der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zwischen Stadt und Kreis als nicht möglich erweisen, so erfolgt eine öffentliche Ausschreibung und Vergabe, beschränkt auf die anerkannten vier Hilfsorganisationen.

Sachdarstellung / Begründung:

1. Vorbemerkung

Die Stadt Bergisch Gladbach ist als große kreisangehörige Stadt gemäß dem Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (Rettungsgesetz NRW - RettG NRW) Trägerin von Rettungswachen und somit für die Sicherstellung des Rettungsdienstes gemäß Rettungsdienstbedarfsplan verantwortlich. Der Rettungsdienst gliedert sich in die beiden Bereiche Notfallrettung und Krankentransport. Die Durchführung des Rettungsdienstes kann auf andere Leistungserbringer übertragen werden, die Verantwortung für dessen Sicherstellung verbleibt jedoch immer beim Träger der Rettungswachen.

Die Stadt Bergisch Gladbach muss zurzeit zwei Krankentransportwagen (KTW) betreiben. Ein Fahrzeug wird mit städtischen Angestellten besetzt, das andere wird im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom Deutschen Roten Kreuz betrieben.

2. IST-Zustand

Mit dem Inkrafttreten des neuen Rettungsbedarfsplan 2019 muss die Stadt zukünftig vier KTW betreiben. Hierzu wäre es erforderlich, zusätzliche Fahrzeuge zu beschaffen, weiteres Personal einzustellen und neue Stellplätze einzurichten. Die dadurch entstehenden Aufwendungen wären zwar über die Transportgebühren vollumfänglich refinanziert, insbesondere aber stellt die Zusetzung von Personal und Fahrzeugstellplätzen ein großes Problem dar. Bereits jetzt stehen viele Fahrzeuge der Feuerwehr Bergisch Gladbach unbeheizt im Freien, unter ungeeigneten Remisen oder in einer ehemaligen alten Halle auf dem Gelände der Firma Zanders. An den aktuellen Standorten können keine weiteren Stellplatzkapazitäten geschaffen werden, auch nicht für die zusätzlichen Krankentransportwagen.

Das Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters (Notfallsanitätergesetz - NotSanG) und die damit verbundene, erheblich aufwändigere Ausbildung im Rettungsdienst stellen alle Mitwirkenden im Rettungsdienst vor große Herausforderungen. Es gibt bereits jetzt einen deutlich spürbaren Fachkräftemangel. Hierdurch wurde ein Wettstreit zwischen den Mitwirkenden ausgelöst. Folge und teilweise üblich sind Lohnzahlungen über dem Tarif, „Kopfprämien“ und Wechsellpauschalen. Die Stadt Bergisch Gladbach ist jedoch an die gültigen Tarifverträge gebunden und gerät dadurch bei der Attraktivität als Arbeitgeberin spürbar ins Hintertreffen. Bereits jetzt gibt es große Probleme, freiwerdende Planstellen neu zu besetzen. Es ist daher mehr als fraglich, ob darüber hinaus noch die zusätzlich benötigten Stellen besetzt werden können.

3. Auslagerung des Krankentransportes

Aus den genannten Gründen erscheint es sinnvoll, die Aufgabe des Krankentransports - also den Betrieb von vier KTW - bis zur Überarbeitung des Rettungsbedarfsplans befristet an einen Dritten zu übertragen, da die notwendigen Ressourcen bei der Stadt aktuell nicht zur Verfügung stehen und in angemessener Zeit auch nicht geschaffen werden können.

Es hat bereits erste Gespräche mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis, der für die anderen kreisangehörigen Kommunen mit Ausnahme der Städte Bergisch Gladbach und Wermelskirchen die KTW durch Hilfsorganisationen als Leistungserbringer betreibt, gegeben. Der Kreis ist grundsätzlich bereit, diese Aufgabe auch für Bergisch Gladbach zu übernehmen. Zurzeit wird noch durch die Bezirksregierung Köln die rechtliche Zulässigkeit geprüft. Alternativ könnte die Leistung beschränkt ausgeschrieben und an eine oder mehrere Hilfsorganisationen vergeben werden.

Bei einer Auslagerung des Krankentransportes ergeben sich folgende Vorteile:

- Der Kreis kann den Krankentransport einschließlich Gebührenerhebung einheitlich gestalten und die Ressourcen optimal einsetzen.
- Die Hilfsorganisationen im Kreis werden als Leistungserbringerinnen im Krankentransport gestärkt.
- Die ohnehin schon stark beanspruchte städtische Abrechnungsstelle wird entlastet.
- Durch den aktualisierten Rettungsdienstbedarfsplan vorgesehene Stellenmehrungen sind nicht erforderlich, zumal gegenwärtig die vorhandenen Stellen schon nicht alle besetzt werden können.
- Überstunden der Tarifbeschäftigten, die wegen der aktuellen Unterbesetzung entstehen, können reduziert oder vermieden werden.
- Der Fuhrpark des Rettungsdienstes wächst nicht um zusätzliche KTW. Der damit gegebene Aufwand für die Fahrzeugunterhaltung erhöht sich nicht.

4. Auswirkungen auf Stellenplan und Haushalt

Durch die Abgabe des Krankentransports müssen keine zusätzlichen Stellen (rechnerisch rund sechs Stellen) für zwei zusätzliche KTW geschaffen werden. Die rechnerisch 4,5 freierwerdenden Stellen der bisherigen KTW werden zum einen benötigt, um die nach neuem Rettungsbedarfsplan längeren Vorhaltezeiten des Tagesrettungswagens zu kompensieren und zum anderen um gegebenenfalls notwendige Anpassungen in der Arbeitszeitbewertung machen zu können. Eventuell danach gegebene überzählige Stellen werden nicht mehr neu besetzt. Da es aktuell - wie bereits ausgeführt - jetzt schon einige unbesetzte Stellen gibt, werden durch die Abgabe des Krankentransportes keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freigesetzt.

Da der Rettungsdienst gebührenrefinanziert ist, fallen durch die Abgabe des Krankentransportes in nahezu gleicher Höhe Aufwendungen und Erträge (Transportgebühren) weg. Die nicht mehr benötigten Fahrzeuge und Gerätschaften sollen vom neuen Betreiber des Krankentransportes übernommen werden oder werden veräußert. Die verbleibenden „Overheadkosten“ durch Verwaltungspersonal und Gebäude können auf die Kostenträger „Rettungstransport“ und „Notarztzubringer“ umgelegt werden, da es hier in ungefähr gleicher Höhe zur Zusetzung von Vorhaltestunden und unbesetzten Spitzenbedarfsfahrzeugen kommen wird. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Auslagerung des Krankentransportes nach abschließender Entscheidung und der daraus resultierenden Abwicklung des Bereiches im Haushalt kostenneutral auswirken wird.

Verbindung zur strategischen Zielsetzung

Handlungsfeld: 5.1
Mittelfristiges Ziel: Entspricht dem jährlichen Haushaltsziel
Jährliches Haushaltsziel:
Produktgruppe/ Produkt: 023751

Finanzielle Auswirkungen

1. Ergebnisrechnung/ Erfolgsplan	laufendes Jahr	Folgejahre
Ertrag		
Aufwand		
Ergebnis		
2. Finanzrechnung (Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO)/ <u>Ver-</u> <u>mögensplan</u>	laufendes Jahr	Gesamt
Einzahlung aus Investitionstätigkeit		
Auszahlung aus Investitionstätigkeit		
Saldo aus Investitionstätigkeit		

Im Budget enthalten Ja durch Berücksichtigung im Nachtragshaushalt
 nein
 siehe Erläuterungen zu Ziffer 4 der Sachdarstellung